

COP30 – der Gipfel der Wahrheit

Groß waren die Erwartungen an die COP30, den Klimagipfel vom 10.-21.11.25 in Belém: er sollte ein Gipfel der Wahrheit und der Umsetzung sein, und er war nach drei Gipfeln in Ölstaaten und Diktaturen wieder in einem demokratischen Land – Brasilien – mit mehr Einflußmöglichkeiten für die Zivilgesellschaft, vor allem der Indigenen.

Die erste Woche verlief verheißungsvoll: Nach einer mutmachenden Auftaktrede des brasilianischen Präsidenten Lula gelang es der Zivilgesellschaft im Verbund mit vielen Staaten des globalen Südens, zwei Themen prominent auf die Tagesordnung zu hieven: den Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen und den Schutz der Regenwälder. Erst in der zweiten Woche kamen – wie auf COPs üblich – die Politiker ... und mit ihnen die Kompromisse und ernüchternde Ergebnisse.

Der Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen

Zwar nahmen die USA als historisch größter Emittent von Treibhausgasen gar nicht am Klimagipfel teil, doch die anderen Petrostaaten und über 1500 Lobbyisten der Öl- und Gasindustrie leisteten ganze Arbeit: Im Abschlußdokument, dem „Belém Political Package“, erscheint der Begriff „fossile Brennstoffe“ überhaupt nicht mehr – und damit auch nicht der Ausstieg daraus. Allerdings wurde ein „Just Transition Mechanism“ festgehalten – Details dazu folgen weiter unten.

Klimafinanzen

Basierend auf wissenschaftlichen Studien hatten die Entwicklungsländer auf der vorherigen COP29 in Baku gemäß ihrem Bedarf für Reduktion der Treibhausgase, Anpassungsprojekte und Erstattungen für die Verluste und Schäden für das „Neue Gemeinsame Quantifizierte Finanzziel (NCQG)“ in der Summe 1,3 Billionen Dollar pro Jahr von den Industrieländern gefordert. Sie bezogen sich dabei auf § 9.1 im Artikel 9 des Paris Agreements, nach dem die Industrieländer dafür Mittel bereitstellen sollen. Diese hatten jedoch lediglich 300 Milliarden Dollar jährlich zugesagt, und dass man sich bemühe, bis 2035 1,3 Billionen aufzubringen. Im Laufe des Jahres 2025 zeigte es sich, dass die Industrieländer sich immer mehr auf § 9.3 im Artikel 9 beziehen, der besagt, dass sie Mittel lediglich „mobilisieren“, also nicht selbst bereitstellen sollen. Das läuft im Wesentlichen auf Kredite von großen, meist multinationalen Banken hinaus und dass die Empfängerländer Zinsen zahlen müssen.

In Belém betonten Vertreter der Zivilgesellschaft und der Staaten des globalen Südens in zahlreichen Veranstaltungen, dass die Zahlungen des Nordens zinslose Zuschüsse aus deren Staatshaushalten (oder zumindest Kredite unter angepassten günstigen Zinssätzen) gewähren sollen, um die Empfängerstaaten nicht noch tiefer in die Schuldenfalle zu treiben.

In Belém enthielt das finale Paket von Entscheidungen, das „Belém Political Package“, in seinem Teil „Global Mutirão Decision“* ein zweijähriges Arbeitsprogramm zum gesamten Artikel 9 (also inclusive § 9.1. und § 9.3) fest, bleibt also hinter der Forderung der Entwicklungsländer zurück, aber erklärt immerhin, dass neue Finanzierungen, die keine Schulden bilden, ausgebaut werden müssen.

Die „Global Mutirão Decision“ enthielt ebenfalls Entscheidungen für das „Global Goal on Adaptation“: Die Mittel für Maßnahmen zur Anpassung an die Klimakrise sollen bis 2035 verdreifacht werden; auch einige man sich auf 59 Indikatoren. Der Anpassungsfonds erhielt zusätzlich 133 Millionen Dollar.

Der Fonds für „Loss & Damage“, also Schäden und Verluste als Folgen des Klimawandels, wurde arbeitsfähig, und es gab einen neuen Aufruf zum Auffüllen des Fonds; er ist derzeit mit lediglich 397 Millionen \$ „gefüllt“ (790 Millionen \$ sind zugesagt).

Zudem wurde ein globaler Ausbau von Stromnetzen beschlossen, um dazu beizutragen, den Anteil erneuerbarer Energien an den weltweiten Stromkapazitäten bis 2030 zu verdreifachen.

Der Schutz der Regenwälder

Vor der COP30 hatte Brasilien groß angekündigt, in Belém die „Tropical Forest Forever Facility“, kurz TFFF, eine Art speziellen Fonds zu starten mit dem Ziel zum Schutz der Regenwälder 10 Milliarden Dollar bereitzustellen (ursprünglich war von 125 Milliarden die Rede); vor und in Belém gab es Zusagen in Höhe von 5,5 Milliarden. Dieser Fonds wurde und wird von zahlreichen Finanzexperten als sehr spekulativ beurteilt, viele NGOs werfen ihm vor, dass er bei der Weltbank angesiedelt werden soll und nur an Staaten auszahlen würde und nicht an zivilgesellschaftliche und indigene Organisationen (aber 20% der Gelder sollen indigenen Gruppen zur Verfügung gestellt werden). Was aus dem TFFF wird, bleibt abzuwarten

Während der COP, aber nicht als Teil ihrer Verhandlungen, gab es das „COP30 Intergovernmental Land Tenure Commitment“. Darin verpflichten sich elf Staaten mit tropischen Regenwäldern, darunter Brasilien, die Demokratische Republik Kongo und Indonesien, unter anderem die Landrechte von indigenen Waldbewohner zu stärken. Vier Staaten des globalen Nordens – Deutschland, die Niederlande, Norwegen und das Vereinigte Königreich – verpflichten sich, dies von 2026 bis 2030 mit insgesamt 1,8 Milliarden \$ zu unterstützen.

Just Transition Mechanism

Ein Lichtblick war der Beschluss im „Belém Political Package“, einen „Just Transition Mechanism“ zu entwickeln, also einen Mechanismus zum gerechten Übergang von den fossilen zu erneuerbaren Energien. Er kam auf Druck der zivilgesellschaftlichen Organisationen und der G77 + China (mittlerweile über 130 Staaten des globalen Südens) zustande, und viele ihrer Forderungen – gebündelt unter dem Schlagwort „BAM“ (Belém Action Mechanism) – sind darin enthalten: vor allem mehr Finanzhilfen, die nicht zu weiterer Verschuldung führen, und das Recht indigener Völker auf freie, vorherige und informierte Zustimmung bei Minen- und anderen Projekten, die ihr Land betreffen.

Anabella Rosemberg, eine Sprecherin von CAN International, dem globalen Dachverband von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, feierte die Tatsache, dass hier Menschen-, Arbeiter- und Umweltrechte stärker als jemals in einer COP-Entscheidung festgehalten werden, schlicht als „Sieg trotz widriger Umstände“.

Der People's Summit

Einen erheblichen Anteil am Beschluss zum „Just Transition Mechanism“ hatte der „People's Summit“, der Gegengipfel der globalen Zivilgesellschaft in Belém in der ersten Woche des Klimagipfels. Über 50.000 Menschen beteiligten sich daran und auch an der großen Demonstration am Wochenende zur Halbzeit der Gipfels. Der Ausstieg aus den fossilen Energien, der gerechte Übergang zu den erneuerbaren Energien und das Ende der Entwaldung – vor allem in Brasilien – waren seine Hauptforderungen. Der hohe Anteil indigener Gruppen war unübersehbar.

*“*Mutirão*“ war ein Schlüsselbegriff der brasilianischen Präsidentschaft. Er ist indigenen Ursprungs und bedeutet soviel wie „gemeinsame Anstrengung, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen“.

Was ist mit der EU?

Nach dem Ausstieg der USA aus den Klimaverhandlungen richteten sich viele Erwartungen auf die EU. Sie hatte am 2.7.25 ihr Klimaziel für 2040 veröffentlicht: eine Reduzierung der Netto-Treibhausgasemissionen um 90 % gegenüber dem Jahr 1990. Bis zu 3% der Reduktionen können über internationale CO₂-Kompensationen realisiert werden (was nach Meinung vieler Experten ihrer Glaubwürdigkeit schadet). Auf ihrer Sitzung am 5.11.25, als kurz vor COP30, hielten die EU-Umweltminister zwar am 90%-Reduktionsziel fest, weichten es aber dadurch weiter auf, dass nun 5% davon durch Zukauf von Emissionsrechten von außerhalb der EU abgedeckt werden können. Zudem fuhr die EU nach Belém, ohne dem UN-Klimasekretariat fristgerecht eine Nationally Determined Contribution (NDC), einen Reduktionsplan, übermittelt zu haben.

In Belém wiederholte sich dieses schwache Bild, so fehlten eigene Vorschläge zur Erhöhung ihres Beitrags für den Adaptationsfonds; dies hätte im Anfang des Gipfels ein positives Momentum

schaffen können. Fazit: Die EU hat ihre Chance verpaßt, eine Leaderrolle auf dem Klimagipfel zu spielen.

Auch China drängte sich nicht in diese Rolle. Dafür schafft es wirtschaftliche Fakten: auf dem Weg zu 100% erneuerbare Energien führt mittlerweile kein Weg mehr an China vorbei.

Und Deutschland?

Nach der abfälligen Bemerkung von Kanzler Merz über die Stadt Belém bemühte sich vor allem Bundesumweltminister Carsten Schneider um Schadensbegrenzung. Deutschland trat mehreren Initiativen bei: Schneider kündigte an, dass sich Deutschland mit einer Milliarde Dollar über 10 Jahre an dem Regenwaldfonds beteiligen wird. Außerdem trat Deutschland der Initiative „Moorschutz“ bei, die den Erhalt, die Wiederherstellung und die nachhaltige Bewirtschaftung von fördern will, und unterstützte die Waldpartnerschaft für den Erhalt der Regenwälder im Kongobecken.

Wie geht es nun weiter mit den COPs?

In diesem Schneckentempo werden die Klimagipfel weder dazu beitragen, das 1,5° C-Ziel einzuhalten noch aus den fossilen Energien auszusteigen – das ist die bittere Wahrheit von COP30. Das Prinzip der Einstimmigkeit gibt den Petrostaaten faktisch ein Vetorecht gegen alle Formulierungen zum Ausstieg aus den fossilen Energien. Die brasilianische Präsidentschaft kündigte aber an, sie würde die Themen „Ausstieg aus den fossilen Energien“ und „Erhalt der Regenwälder“ bis zum nächsten Gipfel weiter ausarbeiten. Es ist wichtig, sie dabei zu unterstützen.

Es steigt die Bedeutung zusätzlicher Aktionsfelder neben den Klimagipfeln: auf der rechtlichen Ebene wird es weitere Urteile geben – wie zum Beispiel das des ICJ, des Internationalen Gerichtshofs – und auf der politischen Ebene den Gipfel in Kolumbien im April 2026 zum Ausstieg aus den fossilen Energien. Die COPs bleiben dennoch wichtig für die Entwicklungsländer als einziges multilaterales Forum zur Klimagerechtigkeit, zum Beispiel für Entscheidungen über Klimafonds für Anpassung und Loss & Damage oder den Schutz der Regenwälder.

Autor: Dipl.Geograf Dietmar Mirkes